



Therwil. Den Kubus von Hansruedi Bühler liess sich die Gemeinde rund 92.000 Franken kosten.



Arlesheim. Kreisel-Kreisel von Peter Messmer – das Kunstwerk für gesamthaft 80.000 Franken.



Pratteln. Der Wannen-Kreisel von Peter Schweizer war der erste Kunstkreisel im Kanton. Archivfotos A. Muehlaupt



Kronenplatz. Der Kanton baut den Kreisel, die Gemeinde Binningen finanziert die Kunst dazu – wenn sie tut. Schöne Beispiele gibt es genug (siehe oben). Foto Mischa Christen

Die Kunst im Kreisel hats schwer

Binningen. Der Einwohnerrat behindert die Ausschreibung eines Wettbewerbs

MARKUS KOCHER

«Zu teuer», lautete das Verdikt im Binninger Einwohnerrat am Montagabend. Die 55.000 Franken für den Ideenwettbewerb zur künstlerischen Kreiselgestaltung am Kronenplatz wurden nicht lockergemacht.

«Ich bin überrascht», gestand Charles Simon. Der Gemeindepräsident hatte gehofft, mit dem Ideenwettbewerb zur künstlerischen Kreiselgestaltung im Einwohnerrat offene Türen einzurennen. 55.000 Franken sollten dafür bewilligt werden – für Planerarbeiten, für das Preisgeld und die Jury. «Ein hoher Betrag nur für einen Wettbewerb», wunderte sich Markus Metz (FDP). Denn das Kunstwerk selber, das dereinst den künftigen Kronenplatz-Kreisel zieren soll, wäre damit zwar erkoren, aber noch nicht bezahlt.

«Wenn wir nichts machen», warnte Simon vor der Abstimmung, «legt uns der Kanton einen Steinhaufen hin.» Der Kreiselbau ist nämlich Sache des kantonalen Tiefbauamts. Um bei der Gestaltung mitreden zu können, muss die Gemeinde in die eigene Tasche greifen. An alternativen Vorschlägen liessen es die Einwohner nicht mangeln. Urs-Peter

Moos stellte im Namen der SVP den Antrag, den Kreisel nicht mit teurer Kunst zu verbauen, sondern mit Pflanzen zu besäen und von den Gemeindegärtnern pflegen zu lassen. Der Antrag wurde abgelehnt. Zahlreiche Redner betonten die Notwendigkeit von baulichen Akzenten für den Binninger Verkehrsknotenpunkt. «Es ist kein schönes Zentrum, umso wichtiger ist, dass der Kreisel besonders gestaltet wird», brachte es die Grüne Barbara Gürlér auf den Punkt.

GUT BEZAHLTE JURoren. Die Mehrheit mochte aber nicht so recht glauben, dass die Planung so teuer sein muss. 20.000 Franken sind für das Ingenieurbüro vorgesehen (Ausschreibung, Kostenschätzung, Auswertungen etc.), die Preisgelder sind mit nochmals 20.000 Franken veranschlagt, auf die Arbeit der Jury und die Anfertigung eines Modells wären rund 15.000 Franken entfallen. Insbesondere die grosszügige Entlohnung der Jury war vielen Räten ein Dorn im Auge. Mit 15 zu 13 Stimmen wurde der Antrag auf eine Investitionsausgabe für die Durchführung eines Ideenwettbewerbs schliesslich abgelehnt.

Simon wertet diesen Entscheid nicht als grundsätzliche Absage an Kreisel-Kunst. «Wir müssen jetzt einen anderen, günstigeren Vorschlag nachreichen», so Simon. Mehrere Möglichkeiten stünden offen, sagt der Gemeindepräsident, will man nicht mit der unspektakulären Gratis-Variante der kantonalen Baubehörden vorliebnehmen. Zum Beispiel eine Umgehung des Wettbewerbs zugunsten eines «Binninger Tinguelys».

GELD FÜR SCHLOSSANIERUNG. Genehmigt wurden dafür die 390.000 Franken für Renovationsarbeiten am Schloss Binningen. Die Einwohnerräte kritisierten die Vorlage allerdings als zu wenig transparent. Insbesondere herrschte Unsicherheit, ob sich die Renovierungen mit dem neuen Betriebskonzept eines neuen Mieters im Restaurant decken werden.

Der aktuelle Mieter hat seinen Vertrag im Zusammenhang mit dem Projekt Schlosspark per Ende Februar 2007 aufgelöst. Gemeinderat Bruno Gehrig zeigte sich zuversichtlich, dass demnächst ein neuer Vertrag unterschrieben werden kann.

Anwohnerparkkarte wird eingeführt

EINE FÜR ALLE. Ziemlich einmütig haben die Binninger Einwohnerräte das zuvor heftig umstrittene Reglement zur Parkraumbewirtschaftung abgelehnt. Die Blaue Zone wird nicht flächendeckend, sondern nur im Tal und rund um die wichtigsten ÖV-Haltestellen eingeführt. Pendler, die heute in diesen Zonen ihr Auto abstellen und umsteigen können, müssen eine Tageskarte für acht Franken pro Tag beziehen. Daneben haben alle Einwohner von Binningen Anspruch auf eine Anwohnerparkkarte für die Blaue Zone, ebenso (mit Einschränkungen) dort ansässige Betriebe. Die Karte kostet einmalig 30 Franken und wird für eine unbeschränkte Gültigkeitsdauer ausgestellt. Auf Antrag der CVP wurde festgelegt, dass das Parkraumbewirtschaftungskonzept nach drei Jahren überprüft wird. och

Kritik am Umzugstermin für die Sekundarschule

Reinach. Der Einwohnerrat lehnt eine Kanalsanierung für 4,8 Millionen Franken einstimmig ab

MICHEL ECKLIN

Der Reinacher Einwohnerrat äusserte sich zum umstrittenen Zeitpunkt der Vereinigung aller Sekundarschulen unter einem Dach. Entscheiden durfte er aber nichts.

Die Gemeinden sollen alle ihre Sekundarklassen im selben Schulzentrum unterrichten – das fordert das neue kantonale Bildungsgesetz. In Reinach ist als gemeinsames Dach das Schulzentrum Bachmatten/Lochacker vorgesehen, was unbestritten ist. Die Frage ist, wann der Umzug stattfinden soll. Das Gesetz legt für den Umzug keinen Zeitrahmen fest. Der Schulrat hat sich für einen Umzug bereits im kommenden Sommer ausgesprochen. Doch die Schulanlage Bachmatten/Lochacker muss in den kommenden Jahren komplett saniert

werden. Die erst gerade zugezogenen Schulklassen müssten während den Arbeiten zeitweise in Schulcontainern unterrichtet werden. Dies hätte gemäss ersten Abklärungen des Gemeinderates Kosten von 330.000 bis 640.000 Franken zur Folge. Der Kanton habe bereits klar gemacht, dass diese Zusatzkosten fast gänzlich von der Gemeinde zu tragen seien.

Der Gemeinderat hält deshalb in der Antwort auf eine Interpellation von FDP-Einwohnerrat Ernst Senn an seinem Standpunkt fest, die Zusammenführung der Sekundarklassen erst nach der Sanierung umzusetzen, also voraussichtlich 2010. An diesem Anfang Jahr gefassten Beschluss werde sich «ohne grundsätzliche Veränderung der

heutigen Sachlage» nichts ändern, schreibt der Gemeinderat. Containerbauten und ähnliche Provisorien seien im Budget 2007 nicht vorgesehen.

TORPEDIERT. An der ersten Sitzung des Einwohnerrats im 2007 gab dieser Umzug zu reden. Die Schulleitung beabsichtigt mit einem raschen Umzug eine «kulturelle Verbesserung», meinte Ruedi Mader (SP). Der Gemeinderat torpedierte mit dem Verzicht auf einen sofortigen Umzug diese Pläne, «dabei haben die Sekundarschulen eine Veränderung bitter nötig». Allen Diskussionen zum Trotz: Der Einwohnerrat konnte am Umzugsdatum nicht mehr rütteln.

Um die Frage «Jetzt oder später?» ging es auch bei der Sanierung und Er-

weiterung des Sauberwasserkanals Fleischbach. Das Vorhaben ist Teil des 2003 beschlossenen Entwässerungsplans. Im Einwohnerrat war nicht das Projekt an sich bestritten, sondern der Zeitpunkt der Umsetzung. Da sich in der aktuellen guten Baukonjunktur die Preise fast verdoppelt haben, hatte der Gemeinderat den vorgesehenen Kredit im Vergleich zur bereits umgesetzten Kanalsanierung Schönen-/Wüstenbach um 45 Prozent erhöhen müssen. Der Kanal sei nicht so dringend, waren sich alle Fraktionen einig. Der Kredit in der Höhe von 4,8 Millionen Franken wurde einstimmig abgelehnt. Die Gemeinde könne es sich nicht leisten, ihr Geld nicht sparsam zu investieren, lautete das Hauptargument.

nachrichten

Gemeinde unterstützt Migros-Ausbau

REINACH. Die Gemeinde will die Migros bei ihren Plänen für den Ausbau des Laden-Standortes am Herrenweg aktiv unterstützen – auch um das Ortszentrum «noch attraktiver» zu machen. Da ein grösserer Laden nur mit baulichen Änderungen möglich ist, soll jetzt die «städtebauliche, architektonische, bau- und verkehrstechnische Machbarkeit der Erweiterung evaluiert werden», wie einer Medienmitteilung des Gemeinderates zu entnehmen ist. Gleichzeitig soll zusammen mit weiteren Anbietern vor Ort (Post, Banken, Detailhandel) die Vision eines «Angensteinerplatzes» weiter abgeklärt werden. Ergebnisse sollen im Mai vorliegen.

Neue Signalisation für die Baselstrasse

SCHÖNENBUCH. Die unklare Situation auf der Baselstrasse – eine Nebenstrasse, die wie eine Hauptstrasse wirkt – und der praktisch dorfwert geltende Rechtsvortritt in Schönenbuch dürften bald ein Ende haben: Der Gemeinderat schlägt für diverse einmündende Strassen die Signalisation «Kein Vortritt» oder «Stopp» vor. Auf die Baselstrasse aufgemalte Hinweise, als Möglichkeit ebenfalls erwogen, seien «nicht im Sinn des Gesetzgebers», so Gemeindeverwalter Sascha Bucher. Nun werden die Kosten der Signalisation berechnet und anschliessend dem Tiefbauamt und der Gemeindeversammlung vorgelegt.

Waldbaulinienplan am Blößenweg genehmigt

PRATTELN. Mit 22 gegen 11 Stimmen hat der Prattler Einwohnerrat einen neuen Waldbaulinienplan für ein Wohnhaus am Blößenweg genehmigt. Das Gebäude weist einen Waldabstand zwischen 13 und 16 Metern auf. Die gesetzlich vorgeschriebene Minimaldistanz beträgt 20 Meter. Damit das Haus dennoch aufgestockt werden kann, wurde eine Waldbaulinie festgelegt, die entlang dem Gebäude und der Parzellengrenze verläuft. Einzig die SP lehnte die Anträge des Gemeinderates ab, weil der Einwohnerrat früher einem anderen Waldbaulinienplan die Zustimmung verweigert hat.

Bekanntnis zur Kollegialität

Birsfelden. Der Gemeinderat war zwei Tage in Klausur

VERHALTENSKODEX. Suppe, Wurst, Salat und Brot: Üppig gedeckt war die Tafel nicht, als sich die Birsfelder Gemeinderäte am Wochenende zu einer zweitägigen Klausur im Tagungszentrum Herzberg trafen. «Ein spartanisches Mahl», sagt Gemeindepräsident Claudio Botti – passend wohl zur Finanzlage der Gemeinde. Die Finanzen und die Frage, wie die Gemeinderäte miteinander umgehen sollen, standen im Zentrum der Klausur. Der Gemeinderat habe sich einen Verhaltenskodex auferlegt, sagt Botti. Alle Gemeinderäte hätten ein Bekenntnis zum Kollegialitätsprinzip abgegeben; wer unterliegt, beugt sich dem Entscheid der Mehrheit. Doch auch das Gesellige sei betont worden: Die Gemeinderäte dürfen in der Sache hart argumentieren, nach einer Gemeinderatssitzung aber soll es dennoch möglich bleiben, noch etwas zusammen zu trinken.

Ein Rezept, wie die Birsfelder Finanzen wieder ins Lot gebracht werden, sei an der Klausur nicht gefunden worden, sagt Botti weiter. Im Vordergrund der Diskussion sei eher der Budgetierungsprozess gestanden. Viel früher als bisher sollen die Departementsvorsteher die Budgets mit ihren Abteilungsleitern besprechen, und die Abteilungsleiter sollen daraufhin verpflichtet werden, dass sie allfällige Mehrausgaben andernorts wieder einsparen müssen. Schliesslich seien sich die Gemeinderäte einig gewesen, dass die Bevölkerung früher in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Sie sollen nicht mehr mit pfannenfertigen Konzepten konfrontiert werden. pdm